

MIT ALLERHÖCHSTER BEWILLIGUNG.

Breslauer



Beitung.

Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

No 10.

Sonnabend den 12. Januar

1839.

#### Bekanntmachung.

Die in den letzten Jahren vorgekommenen vielen Feuersbrünste zu Michellau, Brieger Kreises, bei denen eine absichtliche Brandstiftung höchst wahrscheinlich zum Grunde liegt, haben uns bewogen, auf die Entdeckung des Brandstifters und Ueberführung desselben insofern, daß auf Grund der angegebenen Beweismittel die gerichtliche Bestrafung desselben erfolgt, hiermit eine Prämie von 50 Rthlr. auszusetzen.

Dies wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht. Breslau, den 4. Januar 1839.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

#### Politische Zustände.

Die heutige Zeitung enthält unter der Rubrik „Frankreich“ wichtige Dokumente. Der ehemalige Polizeipräfekt Giquet hat den Diffamations-Prozess gegen den Messager, welcher letztere zu dem Minimum der Strafe von 100 Frs. verurtheilt ist, gewonnen; gleichzeitig aber publizirt der Moniteur eine Kgl. Verordnung, wonach jener seiner Stelle im Staatsrath für verlustig erklärt wird. Man sieht hieraus, wie nothwendig es erschien, daß der Urheber des Prozesses, in welchem man aus objektiv-juristischen Gründen den Messager verurtheilen mußte, auf eine subjektiv-moralische Weise bestraft würde. Die öffentliche Meinung forderte eine solche Genugthuung, und wirklich hatten einige Korrespondenten deutscher Blätter schon vor vielen Tagen dieses Resultat des skandalösen Prozesses vorhergesagt, indem sie den Ruhm der Presse, als der vierten Gewalt im Staate, verkündeten. — Mit eben solcher Gewisheit sprach man schon seit lange von Paris aus über den entschiedenen Charakter der Adresse der Deputirten, zu deren Abfassung viele Gegner des Ministeriums erwählt worden waren. Die Abgeordneten-Kammer hatte in der letzten Session bei mehrfachen Gelegenheiten dem gegenwärtigen Ministerium ihr Mißfallen zu erkennen gegeben; sie hatte die wichtigsten Gesetzesvorschläge, die von den Ministern vorgelegt wurden, verworfen, und andere eben so wichtige Gesetzesentwürfe, gegen welche die Minister sich auflehnten, angenommen. Nach den Grundsätzen der Repräsentativ-Verfassung, wie dieselbe in England sich ausgebildet hat, wäre dem Kabinete jetzt nichts anderes übrig geblieben, als von den Geschäften abzutreten und einem anderen, aus der Majorität der Abgeordneten-Kammer gebildeten, Platz zu machen. Das französische Ministerium wußte sich jedoch auf andere Weise zu helfen; es ließ die Gesetzesvorschläge, mit denen es nichts zu thun haben wollte, durch die Pairs-Kammer verwerfen, und da gleich darauf die Session geschlossen wurde, so behielt es natürlich die Leitung der Geschäfte bis zur Wiedereröffnung, die bekanntlich vor wenigen Tagen erfolgt ist. Daß die Minister, wenn es von ihnen abhinge, dasselbe Spiel noch einmal wiederholen würden, war nach der Sprache der ministeriellen Blätter kaum zu bezweifeln. Die wichtige Frage, von deren Entscheidung im gegenwärtigen Augenblicke Alles abhängt, war also: ob sich die französische Abgeordneten-Kammer dieselbe Mißachtung zum zweiten Male gefallen lassen würde. — In der gegenwärtigen Session hatte die Abgeordneten-Kammer keine andere Wahl, als förmlich auf jeden politischen Einfluß zu verzichten oder eine kräftigere Haltung anzunehmen und die durchgreifendsten Maßregeln zu ergreifen. — Die Kommission, welche die Kammer zur Ausarbeitung des Entwurfes ernannt hatte, war zu zwei Dritttheilen aus entschiedenen Gegnern des Kabinetes zusammengesetzt. Die Frage war nun, ob die Mehrheit in der Adress-Kommission Entschlossenheit genug haben würde, eine Adresse durchzusetzen, welche die von den Ministern beobachtete Politik entschieden mißbilligte. — Die Gegner des Ministeriums sind durchgedrungen, wie der Entwurf der Adresse (s. Paris) vollständig beweist. Seit lange hat keine Antwort auf die Thronrede eine

so entschiedene Sprache geführt. Nicht allein, daß die scheinbar nichtsagenden Punkte der letzteren mit den kräftigsten Worten erwidert werden, so ist es besonders auffallend, daß einige Gegenstände, welche die Thronrede ganz übergangen hatte, durch die Adress-Kommission zur Sprache gebracht werden. So z. B. sind die Paragraphen, welche die Schweiz und Polen betreffen, ohne irgend eine Veranlassung der Thronrede, in den Adress-Entwurf aufgenommen. Wir sehen sonach den lebhaftesten Debatten in der Abgeordneten-Kammer entgegen. Der Sieg der Koalition scheint entschieden, wenn wir die ängstlichen Worte des Journal des Debats, welches der Sache des gegenwärtigen Ministeriums aufrichtig ergeben ist, lesen. Es beginnt seinen leitenden Artikel mit folgenden Worten: „Der Adress-Entwurf ist von der Kommission der Deputirten-Kammer mit einer Majorität von 6 Stimmen gegen 3 angenommen worden. Herr Dupin hat seine Meinung schriftlich abgegeben. Er erklärt, daß das gegenwärtige Ministerium fortan durchaus unmöglich sey. Wir gestehen, daß eine solche Sprache Alles übersteigt, was wir selbst von dem Herrn Präsidenten Dupin erwarten konnten. In unserer Ueberraschung und überwältigt von unseren Empfindungen, wollen wir für jetzt dies Benehmen ohne Kommentar lassen. Eine Abend-Zeitung meldet überdies, daß Herr Dupin dies Alles zur gehörigen Zeit erklären werde. Die Kommission hat ihre Abneigung deutlich und bestimmt ausgedrückt und in dieser Beziehung sind wir zufrieden gestellt. Die Erörterung wird freimüthig und ernstlich seyn; das war es, was das Ministerium wünschte. Die Kammer wird gleich zu Anfang der Erörterung von der Wichtigkeit ihrer Beratungen durchdrungen sein. Es handelt sich darum, das gegenwärtige Ministerium zu stürzen, um hernach ein Ministerium zu haben, wie es nach einer langen Krisis aus dem Schoße der Coalition hervorgehen kann. Es handelt sich darum, die gemäßigten und versöhnlichen Politik über den Haufen zu werfen, die seit 8 Jahren befolgt worden ist. Das Ministerium seinerseits wird die Kabinetsfrage offen annehmen. Es wird von seiner Verwaltung im Innern und nach Außen hin Rechenschaft ablegen; es wird den Zustand Frankreichs auseinandersetzen; es wird aber auch die Gesetze der Coalition über ihre Absichten, über ihre Prinzipien und über ihr System befragen. Niemals wird eine ernstere Erörterung das Land beschäftigt haben; niemals wird ein Votum wichtiger und entscheidender gewesen seyn.“ Der Messager erwähnt ausführlicher, warum Dupin das Ministerium für unmöglich halte. Er habe nämlich in der Adress-Kommission folgende drei Gegenstände für seine Behauptung angeführt: 1) weil es das Königthum nicht hinlänglich deckt (couvre); 2) weil es den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage nicht gewachsen ist; 3) weil es nicht im Stande ist, eine Majorität in einer Kammer zu gründen, welche in zwei gleiche Hälften getheilt ist.

Sehr wichtig ist die offizielle Erklärung der Hannoverschen Zeitung (s. Nr. 5. der Bresl. Z.), nach welcher die Nichtigkeit des hannoverschen Hausgesetzes vom 19. Nov. 1836 ausgesprochen wird. Ein Korrespondent der Eiberfelder Zeitung faßt die historischen Momente des letzteren bündig zusammen. Das Hausgesetz ist bekanntlich von allen damaligen Ministern contrasignirt, vom Herzoge von Braunschweig und den Ständen des Königreichs genehmigt, daß Wilhelm IV. es für alle Mitglieder des Hauses allgemein verbindlich erklärte, und die beiden Herzöge von Sassen und Cambridge sind, sicherem Vernehmen nach, beigetreten. Ist aber ein solcher Beitritt gar zur Gültigkeit nöthig? Wenn er dies ist, wird von Seiten des Herzogs von Braunschweig und der beiden Herzöge von Sassen und Cambridge ein nun neu zu erlassendes abermals gebilligt werden? In der am 6. Fe-

bruar 1833 erschienenen Bekanntmachung Wilhelms IV. (contrasign. Dmpteda) über den Herzog Karl von Braunschweig, welche am 14. März desselben Jahres vom Herzoge Wilhelm von Braunschweig (contrasignirt von Schleinitz) bestätigt wurde, heißt es, man habe die Beschlüsse auf den Grund der uns als souveraine Chefs der beiden Linien des durchlaucht. Gesamtthauses zustehenden Autonomie gefaßt. Daß ein Agnationsconsens dabei eingeholt worden, ist weder erwähnt noch vorausgesetzt. Später erschien eine Konferenz der drei Brüder Wilhelms IV., auch Cumberland's. Das Hauptgesetz ist nun aufgehoben, ein neues soll gegeben werden, es bedarf der Einwilligung aller Agnaten, sonst hebt der nächstfolgende Regent es wieder auf, sollen nun die bekannten Agnaten ein von ihnen genehmigtes Hausgesetz verwerfen und ein anderes abermals billigen; besteht jetzt gar noch eine Ständeversammlung, welche doch einzelne Punkte des neuen Hausgesetzes berathen müßte? Die Rechtsfragen dieser Art sind von Bedeutung, weil es Gegenstände betrifft, die den Regenten wie die Nation gleich sehr berühren. Eigentlich sollte über solche Gegenstände ein allgemeines deutsches Gesetz bestehen.

#### Inland.

Berlin, 9. Januar. Se. Königl. Majestät haben dem bisherigen Land- und Stadtgerichts-Direktor und Kreis-Justizrath Holz zum Ober-Landesgerichts-Rath bei dem Ober-Landesgerichte zu Halberstadt und an dessen Stelle den bisherigen Kammergerichts-Assessor von Kräweil zum Direktor des Land- und Stadtgerichts in Merseburg und Kreis-Justizrath des Merseburger Kreises Allergnädigst ernannt.

Köln, 5. Jan. Nachdem in Folge des Allerhöchsten Landtags-Abschiedes für das Großherzogthum Posen vom 14. Februar 1832 der Bau des ständischen Correctionshauses hier selbst vollendet worden, fand heute die feierliche Eröffnung und der Wirksamkeit der Anstalt in Gegenwart der ständischen Kommission statt, wobei zugleich die eidlische Verpflichtung sämmtlicher Beamten vorgenommen wurde. Vom 15ten d. M. ab wird die Einlieferung der Korrigenden stattfinden. — Unter der Leitung des Predigers Gerlach hat sich in der Stadt Wollstein ein Wäfigkeits-Verein gebildet, dessen Mitglieder sich verpflichtet haben, sich des Genusses aller geistigen Getränke gänzlich zu enthalten und auch an ihre Familien und Diensthoten dergleichen nicht zu verabreichen. Dieser Verein zählt gegenwärtig 28 Mitglieder. — Unter denselben Bedingungen ist unter der Leitung des Pastor Heyne zu Kottarzewo ein gleicher Verein ins Leben getreten, welcher jetzt bereits aus 46 Mitgliedern besteht.

Die Kölner Ztg. enthält folgende Betrachtungen: „Nach dem harten Verluste, den wir in den letzten Tagen des zurückgelegten Jahres durch den Tod des Geheimraths Freiherrn von Myllius so schmerzvoll zu beklagen hatten, würde uns die Nachricht, daß wir unsern Regierungspräsidenten und Geheimen Ober-Justizrath Herrn Dr. Ruppenthal aus unserer Mitte scheiden sehen, in nicht mindere Bestürzung versetzt haben, folgte er nicht einem bedeutungsvollen Rufe auf erhöhter Bahn seiner politischen Lebensthätigkeit; denn auch er ist ein Mann der Liebe und Verehrung Rheinpreußens. — Aber er folgt, sagen wir, einem bedeutungsvollen Rufe: Es gilt uns als ein sichtbares und hocherfreuliches Zeichen ausgezeichneten Huld für unsere Provinz, diesen hochverdienten Mann mit dem Charakter eines Wirklichen Geheimen Ober-Justizraths, zum Direktor der Rheinischen Justiz im betreffenden Ministerium erhoben zu sehen. — Als wir vor vier Jahren unsern Landsmann und Mitbürger die hohe Stellung eines General-Prokurators beim hiesigen Appellations-Gerichtshofe verlassen sahen, konnte es uns kaum tröstlich sein, ihm eine gleich hohe und äußerlich

fogar höhere Stellung in der Administrativ-Verwaltung wie der einnehmen zu sehen, indem hier seine ausgedehnten Kenntnisse unmittelbar nur dem Einen Regierungsbezirk zu Gute kamen, während sie in jener andern der ganzen Provinz, in Beziehung auf ihre theuersten Institutionen, seit einer langen Reihe von Jahren zu Theil geworden waren. — Je eifriger der Rheinländer die Unverletzlichkeit dieser Institutionen in ihrer ungeschwächten Ganzheit bewacht, desto sorgenloser hatte er — ob mit Grund oder Ungrund, gleichviel — auf die damalige Entfernung des bewährten muthigen Wächters derselben hingeblickt, und es war ihm die Besorgung geblieben, bis ihm der Ruf erkante, den wir „bedeutungsvoll“ nennen und den wir von allen Seiten erwidern hören mit „Dank, Heil und Segen dem Könige!“

Bei Koblenz wird nun auch eine Wasser-Heilanstalt nach dem Muster der Gräfenberger erbaut werden, welche unter der Leitung eines Herrn Dr. Schmitz stehen soll. Die Eröffnung derselben wird 1. März d. J. erfolgen. Erwähnter Hr. Dr. Schmitz will gleichzeitig eine Wasser-Zeitung herausgeben, welche alles, was die Wasserheilkunde von Interesse bietet, für das größere Publikum bearbeitet, bringen wird.

## Deutschland.

Frankfurt a. M., 6. Jan. Nach den Berichten des hier bestehenden „Vereins zur Beförderung der Handwerker unter den israelitischen Glaubensgenossen“, haben dessen Bemühungen den gedeihlichsten Fortgang. Es wächst sowohl die Theilnahme der Regierungen und der Privaten, wie auch der Erfolg bei den Lehrlingen sich als höchst günstig heraus. Da diesen hier die Gelegenheit geboten wird, so zeigen sie überall Arbeitslust und Geschick zu jeder Art von Handwerk. Es ist dies verfloßene Jahr das vierzehnte seiner Wirksamkeit gewesen und in diesem die Gesamtzahl der Unterstützten auf 439 gestiegen. Von diesen gehören 211 dem Großherzogthum und 72 dem Kurfürstenthum Hessen, 35 der Landgrafschaft Hessen-Homburg, 59 dem Herzogthum Nassau, 15 dem Königreich Baiern und 47 der freien Stadt Frankfurt an. Es sind 20 Lehrlinge neu aufgenommen und 19 nach beendeter Lehrzeit als Gesellen entlassen worden. Zur Wanderschaft wurden 30 Gesellen und 12 bei ihrer Niederlassung als Meister unterstützt. Außerdem erhielten 51 Lehrlinge Kleidungsstücke, 17 besondere statutenmäßige Gehaltsunterstützungen und 24 das zum Handwerk erforderliche Werkzeug. Die Einnahme vom 1. September 1837 bis dahin 1838 belief sich, incl. des gebliebenen Bestandes, auf 4918 Fl. 50 Fr., die Ausgaben betragen 2580 Fl. 44 Kr.

## Großbritannien.

London, 2. Jan. Bis jetzt hat die Verhaftung des Pfarrers Stephens zu Manchester noch keine weitere Ruhestörungen zur Folge gehabt. Es wird darüber aus jener Stadt Folgendes gemeldet: „Herr Stephens bleibt ruhig in seiner Wohnung und, obgleich heute Neujahrstag ist, ein großer Festtag für die Arbeiter, so kann es doch nirgends ruhiger zugehen, als hier. Eine Kavallerie-Abtheilung durchzieht die Straßen, und die Infanterie hat den Befehl, sich bereit zu halten, im Falle man ihrer bedürfen sollte, was indes nicht zu erwarten steht. Ich habe nicht bemerkt, daß die Tausende, die heut an mir vorübergegangen sind, mit Blei beschlagene Stöcke oder andere Waffen gehabt hätten. Feargus O'Connor kam heute früh von London an und begab sich sogleich zu den Führern der Chartistischen Parthei, um sich über die in Bezug auf den Pfarrer Stephens zu ergreifenden Maßregeln zu berathen, zu welchem Zwecke eine Versammlung des Convents der politischen Union stattfand.“

## Frankreich.

Paris, 4. Jan. In der heutigen Versammlung der Deputirten-Kammer las der Präsident derselben, Herr Dupin, den Adress-Entwurf vor, indem er die, mit gesperrter Schrift gedruckten Worte besonders hervorhob. Der Entwurf lautet: „Sire! Die Deputirten-Kammer wünscht sich mit Ihnen Glück zu dem Wohlstande des Landes. Dieser Wohlstand wird sich immer mehr im Schooße des Friedens entwickeln, den wir aufrecht erhalten haben, und dessen Dauer uns nur eine kluge und feste Politik verbürgen kann. — Unter einer Regierung, die sorgsam auf unsere Würde bedacht und eine getreue Wächterin unserer Allianzen ist, wird Frankreich immer in der Welt und in der Achtung der Völker den Rang einnehmen, der ihm gebührt, und den es nicht verlieren kann. — Ew. Majestät hoffen, daß die in London wieder aufgenommenen Konferenzen der Ruhe Europas und der Unabhängigkeit Belgiens eine neue Bürgschaft geben werden. Wir hegen aufrichtige Wünsche für ein Volk, mit dem wir durch die Gleichheit der Prinzipien und der Interessen eng verbunden sind. Die Kammer wartet den Ausgang der Unterhandlungen ab. — Sie haben uns angekündigt, Sire, daß Kraft der gegen den heiligen Stuhl eingegangenen Verpflichtungen unsere Truppen Ankonagelraumt haben. Wir haben glänzende Beweise von unserer Achtung für die Verträge gegeben; aber wir bedauern, daß jene Räumung nicht unter günstigeren Um-

ständen stattgefunden hat (anhaltende Bewegung), und mit Bürgschaften, welche eine weise und vorausschauende Politik stipuliren mußte. (Lebhafter Beifall zur linken Seite.) — Es war ein Zwiespalt zwischen ihrer Regierung und der Schweiz ausgebrochen; wir wünschen, daß die Verhältnisse alter Freundschaft, die zwischen den beiden Ländern existirten, und die durch die politischen Ereignisse im Jahre 1830 noch enger geknüpft wurden, dadurch nicht gestört worden sind. — Mit tiefem Schmerz sehen wir, wie Spanien sich in den Gräueln des Bürgerkriegs aufreißt. Wir wünschen sehnlichst, daß die Regierung Ew. Majestät, indem sie fortfährt, der Regierung der Königin Isabella denjenigen Beistand zu leisten, der sich mit den Interessen Frankreichs verträgt, gemeinschaftlich mit ihren Verbündeten ihren ganzen Einfluß aufwende, um so beklagenswerthen Ausschweifungen ein Ziel zu setzen. — Die Kammer, lebhaft ergriffen von dem Unglücke Polens, erneuert ihre beharrlichen Wünsche für ein Volk, dessen alte Nationalität (antique nationalité) unter den Schutz der Verträge gestellt worden ist. — Die Beleidigungen und die Verabungen, denen Französische Unterthanen in Mexiko ausgesetzt gewesen sind, erforderten eine glänzende Genugthuung. Ihre Regierung hat dieselbe verlangen müssen. Die Kammer hofft, daß sie, um dieselbe zu erlangen, schnelle und entscheidende Maßregeln ergriffen haben wird. — Wir freuen uns mit Ew. Majestät über den befriedigenden Zustand unserer Afrikanischen Besitzungen. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß sich jener Zustand, Dank der Disziplin der Armee, der Regelmäßigkeit der Verwaltung und des wohlthätigen Einflusses einer aufgeklärten Religion täglich verbessern wird. (Die Art, wie Herr Dupin die beiden Worte betonte, erregte Gelächter in der Kammer.)

— Ew. Maj. hatte uns in einer der früheren Sessionen angekündigt, daß uns Vorschläge im Betreff der Reduktion der öffentlichen Schuld vorgelegt werden würden, sobald der Zustand der Finanzen es erlauben werde. Das sich immer günstiger gestaltende Verhältniß des öffentlichen Einkommens giebt uns das Recht zu hoffen, daß die Mitwirkung Ihrer Regierung dieser wichtigen Maßregel nicht lange mehr fehlen wird. (Bewegung.) Die Bedürfnisse unserer Kolonien und unserer Schifffahrt werden der Gegenstand unserer ganzen Sorgfalt sein. Wir werden uns bemühen, dieselben mit den Interessen unseres Vaterlands in Einklang zu bringen, dessen Entwicklung von hoher Wichtigkeit für den Wohlstand des Landes ist. — Die Kammer wird mit derselben Sorgfalt die Gesetz-Entwürfe prüfen, welche bestimmt sind, Versprechungen der Charte zu verwirklichen und neue Verbesserungen in die allgemeine Gesetzgebung, so wie in die verschiedenen Zweige der öffentlichen Verwaltung einzuführen. Unsere Wünsche erstrecken sich auch auf den Gesetz-Entwurf in Bezug auf die Organisation des Generalstabes der Armee. — Ihre Hoffnungen, Sire, und ihre Besorgnisse, Ihre Freuden und Ihre Schmerzen werden von uns tief mit empfunden. Ganz Frankreich hat die Geburt des Grafen von Paris mit Jubel begrüßt. Gehe der Himmel, daß so süße Aufregungen durch nichts gestört werden. Wir umgeben die Wiege eines jungen Prinzen, der Ihrer Liebe und dem Vaterlande geschenkt worden ist, mit unseren Huldigungen. Erzogen wie sein Vater, in der Achtung unserer Institutionen, wird er den ruhmvollen Ursprung der Dynastie erkennen, deren Oberhaupt Sie sind, und wird niemals vergessen, daß der Thron, den er eines Tages besteigen soll, auf die Allmacht des Nationalwillens gegründet ist. (Bewegung.) Wir gesellen uns hier, wie alle Franzosen, den Empfindungen der Familie und der Frömmigkeit zu, welche dieses glückliche Ereigniß Ihnen als Vater und als König eingeößt hat. — Wir sind davon überzeugt, Sire, die innige Uebereinstimmung der Staatsgewalten, auf ihre konstitutionellen Grenzen beschränkt, kann allein die Sicherheit des Landes und die Stabilität Ihrer Regierung gründen. Eine feste, umsichtige, sich auf hochherzige Gesinnungen stützende Verwaltung, die nach außen der Würde Ihres Thrones Achtung verschafft, und denselben im Innern durch ihre Verantwortlichkeit schützt (lebhafter Bewegung), ist das sicherste Pfand der Mitwirkung, die Ihnen zu leihen uns so sehr am Herzen liegt. Lassen Sie uns, Sire, auf die Kraft unserer Institutionen vertrauen; dieselben werden, zweifeln Sie nicht daran, Ihre Rechte und die unsren sichern; denn wir halten es für ausgemacht, daß die konstitutionelle Monarchie zugleich die Freiheit der Völker und jene Stabilität garantiert, welche die Größe der Staaten ausmacht. — Auf Befragen des Präsidenten erklärte die Kammer einstimmig, daß die Erörterung über den Adress-Entwurf am künftigen Montag beginnen solle, und die Versammlung trennte sich darauf in stürmischer Aufregung.)

(Gisquets Diffamations-Prozess.) In der Sitzung des Assisenhofes vom 3ten d. kam die Sache endlich zum Spruch. Die Jury fällt nach halbstündiger Verathung folgendes Urtheil: „Auf die erste Frage: Ist Achill Brindeau, verantwortlicher Herausgeber des „Messager“, schuldig, durch einen in seiner Nummer vom 12. September enthaltenen Artikel dem Heinrich Joseph Gisquet Thatsachen der Bestechung und der Erpressung in Bezug auf seine

vormaligen Funktionen als Polizei-Präfect und auf seine gegenwärtigen Funktionen als Staatsrath, die seine Ehre und sein Ansehen beeinträchtigen, zur Last gelegt zu haben? Antwort: Ja, der Angeklagte ist schuldig. Auf die zweite Frage: Ist der besagte Achill Brindeau schuldig, in demselben Artikel demselben H. J. Gisquet Thatsachen der Immoralität zur Last gelegt zu haben, welche seine Ehre und sein Ansehen als Privatmann beeinträchtigen? Antwort: Nein, der Angeklagte ist nicht schuldig.“ — Der Gerichtshof verurtheilte hierauf den Herrn Brindeau in 100 Fr. Geldstrafe. (Minimum der Strafe.) — Der heutige Moniteur enthält zwei Ordonanzen, durch deren erste Herr Gisquet seiner Stelle als Staatsrath im außerordentlichen Dienste entsetzt wird. Durch die zweite wird Herr Ray, Schwiegersohn des Herrn Guisquet, die Stelle eines General-Einnehmers im Departement der Oberrhein entzogen und dieselbe dem Herrn Doyen verliehen. — Wir glauben, daß das, vorstehend bekannt gemachte Urtheil in dem Gisquetschen Prozesse das Interesse an dem Laufe der Verhandlungen nicht beeinträchtigt; deshalb holen wir noch einige Details nach. Gisquet meinte in der Sitzung des Assisenhofes vom 2. Januar: „Auch ich könnte am häuslichen Herd herumwühlen; auch ich könnte, ich will nicht sagen auf Scandal speculiren, aber durch Thatsachen antworten; Niemand ist besser als ich im Stande, Biographie zu liefern.“ (Gemurmel.) Der Präsident gebot Stille. Gisquet fuhr fort: „Ich weiß, diese Frage ist glühend! Ich wiederhole darum nur: meinen Augen war gar oft das Innere der Familien durchsichtig und ich könnte manchem Cato die Larve vom Gesicht ziehen.“ — Der Messager hatte, unter Auspielung auf den zwölfseitigen Brief, den gewesenen Polizei-Präfecten der Erpressung geziehen; Gisquet sagt: die Concessionsertheilung habe in seinem Recht gelegen; eben so sei ihm nicht zu verdenken, daß er die Gesuche seiner Umgebungen besonders berücksichtigt; was aber diese mit den Concessionen getrieben, wisse er nicht; möglich, daß Gewinn dabei abgefallen; er habe nichts davon bekommen. Um den Lesern eine Idee zu geben, wie die Dinge bei der Polizei-Präfectur zugehen, wollen wir den Fall mit dem Mietwagen, genannt Paeffinnes, kurz beschreiben. Foucaud und Hebiard treten zusammen, das Geschäft zu unternehmen; Foucaud ist ein Speculant. Hebiard aber ist der vertraute Geheim-schreiber des Präfecten. Was thut dieser? er läßt sich von Gisquet eine Concession ertheilen für eine Straßenlinie, die mit den Bezirken der Omnibusgesellschaft concurrenzt. Nach drei Tagen schon wird sie ihnen ertheilt; keinerlei Prüfung geht voraus; Gisquet schreibt auf die Eingabe: Je consens. Man bestellt Wagen, man läßt drei Monate lang den Dienst besorgen; da werden die Omnibusunternehmer ängstlich; die Parisiennes können ihnen schaden; sie knüpfen Unterhandlungen an; Foucaud und Hebiard lassen sich finden; es kommt ein Vertrag zu Stande: die Omnibusgesellschaft erlegt alle Auslagen für die Parisiennes und zahlt für den Abstand die runde Summe von 200,000 Fr. in Aktien. — Wie würde dieser in so kurzer Zeit gemachte Nutzen vertheilt? Mauguin der Advokat des angeklagten Polizei-Präfecten beschreibt es auf folgende Art: „Als Foucaud und Hebiard beim Polizei-Präfecten waren, sich die Concession für die Parisiennes auszubitten, versetzte Gisquet: Ja, recht gerne, aber eins halte ich mir aus, Ihr müßt den Herrn Ray und die Frau von Nieul bei dem Unternehmen interessieren. Die Supplikanten hatten natürlich nichts einzuwenden. Die Societät der Parisiennes bestand sonach aus Foucaud, Hebiard, Ray und der Nieul; Foucaud war der gute Freund Gisquets, Hebiard sein Sekretär, Ray sein Schwiegersohn, die Nieul eine Dame, deren Eigenschaft ich vorerst nicht sagen will. (Lärmendes Gelächter!) Der Präsident hat Mühe, die Ruhe herzustellen.) Der Vierbund hat nun die Vorlagen zur Anschaffung der Wagen zu bestreiten, Madame Nieul will davon nichts hören; sie ist nur für den Profit associirt; ist Capital einzuzahlen, so mag Gisquet dafür sorgen; kurz, sie hat keinen Sou in das Geschäft gebracht, erhält aber nichtsdestoweniger nach drei Monaten das Viertel der Abstandssumme in 25 Omnibusaktien, die unter Brüdern 50,000 Fr. werth waren und auf der Stelle — wer mag sagen, zu welchem Behuf! — vertheilt wurden. Gisquet sagt: Ich habe keinen Vortheil gezogen von den ertheilten Concessionen; ich könnte darauf antworten: Das weiß nur Gott! Gewiß ist nun Wenigsten, daß er Denen, die ihn umgaben, viel Geld zugewendet hat; wer aber Andere gerne bereichert, verschmäht es nicht, auch für sich selbst zu sorgen. Doch es mag wahr sein: Gisquet soll von den Concessionen, die er so freigebig spendete, nichts bezogen haben — und doch mag er sich hüten! Ich sage nicht, daß er nicht gewonnen hat. — Doch es giebt ja Indicien die jeden Zweifel zerstreuen. Untersuchen wir Gisquets Lebenslauf! Sie (Gisquet) haben den Wählern zu St. Delaunais. (Gisquet wurde 1837 in die Kammer berufen.) Sie seien arm. Wie sollte ich Ihnen das vorwerfen! Sie haben sich durch eigne Kraft gehoben. Als junger Mann kamen sie ins Haus des Herrn Perier. Da erlebten Sie die Julirevolution. Sie hatten kein







